



Sessionsrückblick

Thürnen, 31. März 2014

Geschätzte Damen und Herren,
liebe Parteifreunde und Kollegen,

Ich freue mich Ihnen anbei meine Gedanken zur Session zu senden: Diesmal war es eine echte Herausforderung angesichts der spannenden und anspruchsvollen Session möglichst kurz zu bleiben.

Das Grenzwachtkorps muss gestärkt werden

Ich habe mich für die Stärkung der Grenzwachtkorps eingesetzt, weil Einbrüche in den Grenzregionen zunehmen. Direkte Grenzkontrollen helfen gut und rasch, dem Problem Herr zu werden.

Im EJPD wollte man zusätzliche Polizisten bewilligen, aber nicht um die Grenze zu schützen, sondern um Vignettensünder zu büssen. Mich ärgert dieses Denken! Es geht bei der Polizei und vor allem der Grenztruppe nicht zuerst darum, dass diese Bussen verteilen und Geld verdienen – sondern vor allem darum, dass die Sicherheit hergestellt wird.

Ein Wort zur Masseneinwanderungsinitiative

Was mich ärgert sind jene, die nun von rechts und von links den Karren an die Wand fahren wollen und die Beziehungen zur EU opfern möchten. Das wäre falsch und gefährlich. Fakt ist: Das „Ja“ des Volks bedeutet, dass wir die Zuwanderung kontrollieren müssen. Es bedeutet aber auch, dass wir die Wirtschaftskraft der Schweiz gleichzeitig erhalten und stärken müssen.

Das hört sich nach einem Zielkonflikt an, der gelöst werden muss: Moderate Zuwanderung und gleichzeitig wirtschaftliches Wachstum. Eigentlich eine sehr gute Sache, die gelingen und uns allen zum Vorteil werden wird. Bundesrat Schneider-Ammann ist schon daran und hat die Wirtschaft an den Tisch gerufen – wir werden uns dafür einsetzen, die bilateralen Verträge trotz Masseneinwanderung zu erhalten. Es wird sich ein Weg finden lassen – im Interesse der Schweiz und der EU.

Preise und Wettbewerb

Ich hätte mir von der Revision eine Stärkung des Wettbewerbs und damit auch der Leistungsfähigkeit unseres Landes versprochen. Die Revision ist gescheitert, sie dürfte nun in Elementen Stück für Stück kommen – es wäre falsch, das Dossier liegen zu lassen und zu kapitulieren.

Ein weiteres Dossier, das wir nun angehen sollten, ist die Unternehmenssteuerreform III. Sie muss unsere KMU sowie die Industrie- und Dienstleistungsbetriebe weiter entlasten. Zu rasch geht vergessen, dass wir gegenüber dem Euro-Raum nach wie vor währungsbedingt grosse Schwierigkeiten haben uns zu behaupten.

Die Umsetzung der Ausschaffungsinitiative

Die Ausschaffungsinitiative haben wir im Parlament vorgebracht – entlang dem Volkswillen. Die FDP ist hier klar und deutlich auf der Seite einer raschen und konsequenten Umsetzung, denn der Entscheid der Bevölkerung ist eindeutig. Die Durchsetzungsinitiative der SVP hingegen erachte ich als unnötige Zwängerei und kontraproduktiv.

Export von Rüstungsgütern – wichtig wegen der Erfahrung mit der Ukraine

Die Entwicklung in der Ukraine hat mich betroffen gemacht. Sie belegt, dass Krisen nicht planbar sind. Sie belegt auch, dass wir unsere bewaffnete Neutralität nicht vernachlässigen dürfen. Diese bewaffnete Neutralität ist aber nur so lange glaubwürdig, wie wir uns selbst verteidigen können. Dazu gehört eine inländische Armee und eine inländische Rüstungsindustrie als Versorgungsbasis.

Deshalb ist es auch richtig, die Sicherheitsindustrie in der Schweiz zu erhalten, trotz der laufend sinkenden Aufträge der Armee in der Schweiz. Unsere Sicherheitsindustrie überlebt nur, wenn diese auch exportfähig ist: Der Nationalrat bewilligte nach dem Ständerat mit Stichentscheid des Präsidenten die Anpassung des Gesetzes zum Export von Rüstungsgütern. Die Modernisierung des Gesetzes nützt der Schweizer Sicherheit – obwohl dies in den Medien kaum beachtet wurde. Der Export von Rüstungsgütern erfolgt nach wie vor unter sehr strengen Gesichtspunkten der Neutralität.

Vernünftiger Entscheid

Einen sehr vernünftigen Entscheid traf der Nationalrat in Sachen Waffenrecht. Nachträglich sämtlich vor 2008 erworbenen Waffen zu registrieren, verursacht einen unnötigen bürokratischen Aufwand. Die Regulierung plagt doch vor allem die Schützenvereine und die Sportschützen unnötig.

Bereits im Mai geht es weiter mit der Sondersession: Für mich wird das Thema der Abschaffung der Pauschalbesteuerung sehr wichtig sein – ich bin überzeugt, dass es falsch ist, hier eine Bundeskompetenz zu schaffen – die Steuerhoheit in dieser Frage soll bei den Kantonen bleiben.

Sie werden also schon bald wieder von mir hören – für Rückfragen und Anregungen bin ich offen und freue mich sehr von Ihnen zu hören.

Mit freundlichen Grüßen

Daniela Schneeberger

Nationalrätin FDP BL

Kontakt:

daniela.schneeberger@parl.ch

www.danielaschneeberger.ch

www.parlament.ch